

Staatspolitische Kommission
des Nationalrats SPK-N
Herr Marco Romano
Kommissionspräsident
3003 Bern

per Mail an:
cornelia.perler@bj.admin.ch

Bern, 16. November 2022

Vernehmlassungsantwort zu 19.415 n Pa. Iv. Arslan: Den jungen Menschen eine Stimme geben. Aktives Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige als erster Schritt ins aktive politische Leben.

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) steht seit jeher für soziale Gerechtigkeit ein und dafür, politische Rechte auf weitere Kreise auszuweiten, um **politische Teilhabe möglichst vielen Menschen zu ermöglichen**. Aus diesem Grund unterstützt der SGB auch die in der parlamentarischen Initiative ausgedrückte Forderung, die Schweizerische Bundesverfassung zu ändern und allen Schweizer:innen bereits ab 16. Altersjahren das aktive Wahl- und Stimmrecht zu geben.

Die politische Geschichte der Schweiz ist eine Geschichte des fortschreitenden **Ausbaus der demokratischen Mitsprache** (Beispiele: 1971 Einführung Frauenstimmrecht, 1991 Herabsetzung des Stimmrechtes von 20 auf 18 Jahre). Die Forderung nach dem Stimm- und Wahlrechtsalter 16 reiht sich in diese Tradition ein und ist Ausdruck gesellschaftlicher Entwicklungen.

Mit dem Stimm- und Wahlrecht ab 16 Jahren würde auch der UN-Kinderrechtskonvention Rechnung getragen, die Kindern und Jugendlichen das **Recht auf Mitbestimmung** bei den sie betreffenden Angelegenheiten garantiert und präzisiert, deren Meinung angemessen und entsprechend seinem Alter und seine Reife zu berücksichtigen.

Jugendliche haben mit 16 die obligatorische Schulzeit abgeschlossen und fällen in diesem Alter bereits weitreichende und wegweisende Entscheide bspw. im Bereich Berufs- und Ausbildungswahl. Obwohl sie mit 16 Jahren bereits **juristisch Rechte und Pflichten** tragen (Bsp. sexuelle Mündigkeit, Religionsfreiheit, grössere strafrechtliche Verantwortung, z.T. Steuerpflicht und Sozialversicherungsbeiträge bei Erwerbstätigkeit Minderjähriger), wird ihnen heute politische Mitsprache verwehrt. Ein Missstand, der die parlamentarische Initiative folgerichtig beheben will.

Mit Umsetzung der parlamentarischen Initiative würde sich der Anteil Stimm- und Wahlberechtigte gemäss erläuterndem Bericht um 2.4 Prozent erhöhen, was einer **Ausweitung der politischen Rechte** auf etwa 130'000 Schweizer Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren entspricht und unsere direkte Demokratie entsprechend stärkt.

Politisches Wissen hat erwiesenermassen einen positiven Einfluss auf politisches Interesse und das politische Interesse wiederum auf die **politische Partizipation**. 16- und 17-Jährige in der Schweiz verfügen dank den in den sprachregionalen Lehrplänen vermittelten Inhalte über das zum Abstimmen und Wählen notwendige Wissen. Für ein handlungskompetenzorientiertes Lernen braucht es neben Übungsfeldern im privaten, schulischen und zivilgesellschaftlichen Umfeld aber auch politische Rechte und **Teilhabe an der institutionellen Politik**.

Die Einführung vom Stimm- und Wahlrechtsalter 16 ermöglicht eine direkte Anwendung des gelernten Wissens im Bereich der allgemeinen und politischen Bildung und ist ein wirkungsvolles Mittel, um der jungen Generation die aktive Beteiligung an gesellschaftlichen Entwicklungen zu ermöglichen. **Junge Menschen** sind **besonders betroffen von Zukunftsfragen** und müssen die Konsequenzen heutiger politischer Entscheide am längsten tragen. Es handelt sich zudem nicht um einen Stimm- und Wahlrechtszwang. Aber: Wir sollten dies Jugendlichen, die sich schon mit 16 oder 17 Jahren politisch einbringen wollen, ermöglichen.

Abschliessend möchten wir darauf hinweisen, dass die Wahlbeteiligung bei den meisten Abstimmungen und Wahlen unter 50 Prozent und das Durchschnittsalter der Abstimmenden bei heute 57 Jahren liegt. Diese Zahlen zeigen, dass die politische Schweiz heute massgeblich von einem kleinen (älteren) Teil der Schweizer Bevölkerung dominiert wird, während die **Interessen einer grossen Bevölkerungsgruppe nicht angemessen repräsentiert** werden. Politische Entscheidungen lassen sich somit nicht genügend legitimieren – vor allem wenn es um Entscheidungen geht, welche die junge Generation in Zukunft wesentlich beeinflussen werden – ein demokratiepolitisches Problem, zu dessen Lösung die vorliegende parlamentarische Initiative einen Beitrag leisten kann.

Ein ebenso wichtiges Anliegen stellt zudem das Stimm- und Wahlrecht für unsere ausländischen Mitbürger:innen dar, für welches wir Gewerkschaften uns ebenfalls aufgrund unserer demokratischen Werte mit Überzeugung einsetzen, jedoch nicht Teil der vorliegenden parlamentarischen Initiative ist.

Wir danken Ihnen herzlich für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard
Präsident



Nicole Cornu
Zentralsekretärin